

- SOLOWJEW, Wl. (DG): Deutsche Gesamtausgabe der Werke. Hrsg. v. Wl. Szykarski u.a., Bd. 1-8, Freiburg i.Br., später München 1953 – 1980 (zitiert als SOLOWJEW, DG).
- STEIGLEDER, K. (2002): Kants Moralphilosophie. Die Selbstbezüglichkeit reiner praktischer Vernunft. Stuttgart/Weimar.
- TOLSTOJ, L. (1910): Über das Recht (Briefwechsel mit einem Juristen). Heidelberg/Leipzig.
- WALICKI, A. (1987): Legal Philosophies of Russian Liberalism. Oxford.
- WENZLER, L. (1978): Die Freiheit und das Böse nach Vladimir Solov'ev. Freiburg/München.

Martin Heidenreich (Oldenburg)

Zwischen zentraler Stenerung und dezentralen Ansätzen.

Die Regionalisierung der Wirtschafts- und Innovationspolitik in Polen¹

In der ersten Szene des Films „Match Point“ von Woody Allen (2004) berührt ein Tennisball im Zeitlupentempo das Netz, prallt nach oben ab, dreht sich in der Luft und es scheint, als ob er in der Luft überlegt, ob er links oder rechts vom Netz zu Boden fallen soll, um damit das Spiel für einen der beiden Spieler zu entscheiden. Der „Match Point“, also der Augenblick, in dem ein Tennisspieler den Matchball zu einem Sieg verwandelt, wird somit zu einer Metapher für eine Situation, in der ein minimales Ereignis massive Auswirkungen auf die weitere Entwicklung haben kann.

Die Auswirkungen der Beitrittsbedingungen auf die Entwicklung der zwölf neuen EU-Mitgliedstaaten mag durch dieses Bild zutreffender beschrieben werden als durch die Vorstellung eines bürokratischen Zwangskorsetts, das den neuen Mitgliedstaaten im Verlaufe der Beitrittsverhandlungen aufoktroziert wird (vgl. zu dieser Debatte um die so genannte Konditionalität: GRABBE 2001, HUGHES et al. 2004). Dies gilt etwa für die Frage, ob die mittel- und osteuropäischen Länder nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes ihre bislang zentralistische Staatsverfassung regionalisieren – eine Entscheidung, durch die die institutionellen Voraussetzungen für eine Regionalisierung der Wirtschafts-

¹ Dieser Artikel stützt sich auf Erhebungen, die im Rahmen des von der EU finanzierten EUROCAP-Projektes durchgeführt wurden (Leiter: Robert Salais). Die Erhebungen in Niederschlesien/Breslau und Klempolen/Krakau wurden von Frau Vedrana Miljak durchgeführt. Die Regionalfallstudien wurden von Sebastian Büttner erstellt. Ich bedanke mich auch bei Dominik Syga, der uns bei der Feldarbeit unterstützt und die Interviews übersetzt und transkribiert hat.

In Niederschlesien wurden im August/September 2004 zehn Interviews mit Mitarbeitern folgender Breslauer Organisationen und Einrichtungen durchgeführt: Stadt Wrocław, eine regionale Bank, ein regionaler Großbetrieb, die unabhängige selbstverwaltende Gewerkschaft „Solidarność“, Arbeitgeberföderation Westpolen, Agentur für Regionalentwicklung Wrocław, ein Zentrum für Technologietransfer, Amt des Marschalls der Woiwodschaft Niederschlesien, Spezielle Wirtschaftszone „Invest-Park“ Walbrzych.

In der Region Klempolen haben wir sechs Interviews mit folgenden Organisationen und Einrichtungen durchgeführt: Verwaltung der Woiwodschaft Klempolen, Stadtverwaltung Krakau, Krakauer Büro der Gewerkschaft Solidarität, Technologiepark Krakau, Technologietransferzentrum der Technischen Universität Krakau, Handelskammer in Krakau.

und Innovationspolitiken geschaffen wurden. Diese Dezentralisierung der Territorialverfassung mag in Mitteleuropa durch das Angebot der Kommission, die regionale Wirtschaftsentwicklung durch Vorbeitrittshilfen (Phare, Ispa, Sapard) und durch Mittel der Strukturfonds zu unterstützen, begünstigt worden sein (vgl. zum Stellenwert der Regionenbildung während der Beitrittsverhandlungen: BRUSIS 2002; HUGHES et al. 2001, 2004; ILLNER 2002). Eine entscheidende Voraussetzung für die Herausbildung regionaler Innovationssysteme könnte damit durch die Auflagen der Kommission sichergestellt worden sein – auch wenn diese sehr offen und allgemein gehalten sind.²

Im Folgenden soll am Beispiel Polens diskutiert werden, ob die Regionalisierung der Territorialverfassung ab 1999 schon zur Entwicklung regionaler Innovationssysteme führt (vgl. zu diesem Konzept: COOKE et al. 2004). Eine wichtige Voraussetzung hierfür wäre die Bereitstellung lokaler kollektiver Wettbewerbsgüter (CROUCH et al., 2001), d.h. Kollektivgüter wie qualifizierte Arbeitskräfte, regionale Zulieferer und Dienstleister oder Informationen über neue Technologien und Märkte, die einen wichtigen Vorteil für regional vernetzte und eingebettete Unternehmen darstellen. Hierbei soll die folgende These vertreten werden: *Die Schaffung von (großen) Woiwodschaften wurde in Polen auch durch die Mitgliedschaftsbedingungen der EU erleichtert. Seit 1999 hat Polen eine Reihe regionaler Akteure und Institutionen geschaffen, die regionale kollektive Wettbewerbsgüter bereitstellen. Diese Kollektivgüter erwiesen sich als wichtige Voraussetzungen für die Anwerbung ausländischer Investoren. Ein zweiter Typus regionaler Kollektivgüter – regionale Netzwerke und Clusterpolitiken – konnte sich jedoch noch nicht entwickeln, da sich regionale Akteure noch nicht aktiv für die Schaffung unternehmerischer und regionaler Fähigkeiten engagieren.* Um diese These zu entwickeln, werden im Folgenden zunächst zwei Dimensionen regionaler Fähigkeiten unterschieden (1). Anschließend wird die Neuordnung der polnischen Territorialverfassung im Jahre 1999 und die Schaffung von Woiwodschaften als neue Arenen für regionale Wirtschaftspolitik rekonstruiert (2). Im nächsten Schritt wird am Beispiel Niederschlesiens und Kleinpolens empirisch untersucht, ob die „Neuerfindung“ polnischer Wirtschaftsregionen nach 1999 und die neuen Möglichkeiten für eine regionale Wirtschaft- und Innovationspolitik konkret genutzt werden (3). Wir schließen mit einer kurzen Zusammenfassung (4).

² Um die Strukturpolitiken der EU umzusetzen, wurden im 21. Kapitel der 31. Kapitel, in die der *Acquis Communautaire* (Gesamtbestand an Rechten und Pflichten, der für die Mitgliedstaaten der EU verbindlich ist) während der Beitrittsverhandlungen aufgeteilt worden war, folgende Voraussetzungen verlangt: Gesetzliche Rahmenbedingungen, um die Strukturpolitik umzusetzen, die Schaffung einer an der NUTS-Klassifikation orientierten Regionalstruktur und die Entwicklung von Planungs-, Verwaltungs- und Controllingkapazitäten, um sich an den europäischen Strukturpolitiken zu beteiligen.

1. Die beiden Dimensionen regionaler Fähigkeiten

Die Wiederherstellung starker politischer Regionen in Polen nach der hochgradig zentralisierten Verwaltungsstruktur während des Sozialismus mag auch die Regionalisierung der polnischen Wirtschaftspolitik erleichtern und damit die Innovationsfähigkeit regionaler Unternehmen stärken. Um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der polnischen Territorialverfassung zu analysieren, werden wir im Folgenden in Anlehnung an LE GALÈS/VOELZKOW (2001) zwei Formen lokaler öffentlicher Güter unterscheiden, d.h. Güter, von deren Nutzung andere lokale Unternehmen nicht ausgeschlossen werden können, die von anderen Unternehmen zur gleichen Zeit genutzt werden können und die wichtige Voraussetzungen für Wettbewerbsvorteile regionaler Unternehmen sein können: a) „berührbare“ Kollektivgüter wie die Bereitstellung öffentlicher Unterstützungsleistungen, eine gute Verkehrsinfrastruktur, Zugang zu regionalen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, die Verfügbarkeit leistungsfähiger Ausbildungseinrichtungen und qualifizierter Arbeitskräfte und die Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen durch rechtliche oder finanzielle Dienstleistungen, die Bereitstellung von Gewerbeflächen oder die Verfügbarkeit von Gründerzentren und Technologieparks; b) nicht „berührbare“ Güter wie ein innovatives Milieu, die das wechselseitige Lernen regionaler Unternehmen und Einrichtungen begünstigt, regionale Netzwerke und informelle Kontakt- und Kooperationsmöglichkeiten. *Im Folgenden wird die These vertreten, dass der erste Typus regionaler Wettbewerbsgüter durch die Neuschaffung und schrittweise Stärkung polnischer Wirtschaftsregionen seit 1999 bereitgestellt wird und sehr wichtig für die Anwerbung ausländischer Investoren seit den 1990er Jahren war, während der zweite Typus auf die stärkere Einbindung der regionalen Sozialpartner und Unternehmen, der regionalen Forschungs- und Entwicklungszentren und Hochschulen und der regionalen Politik und Verwaltung in die Konzipierung der zunehmend regionalisierten Wirtschafts- und Innovationspolitik angewiesen ist. Erst die stärkere Einbindung regionaler Akteure ermöglicht eine diskursive, ausgehandelte Entwicklung regionaler Institutionen im Sinne eines experimentellen Regionalismus* (vgl. HEIDENREICH 2005). Im Folgenden werden die in dieser These vorausgesetzten Konzepte der regionalen Innovationssysteme und der lokalen Wettbewerbsgüter erläutert.

Eine Region kann als ein soziales Feld definiert werden, dass durch regionale Unternehmen, Einrichtungen, Regulationsstrukturen, Identitäten und individuelle Akteure gekennzeichnet ist (FLIGSTEIN/STONE SWEET 2002; S.1211). Die wirtschaftlichen Fähigkeiten einer Region sind zum einen in den Kompetenzen der regionalen Organisationen (den Unternehmen, der Wirtschaftsstruktur und dem regionalen Spezialisierungsprofil) und zum anderen in ihren Institutionen und Regulationsmustern verankert.³ Diese organisatorischen und institutionellen

³ Wir fragen somit, ob die polnischen Regionen schon als regionale Innovationssysteme verstanden werden können. Hierunter verstehen wir „regional clusters surrounded by „support-

Muster sind das Gedächtnis einer Region, das Ergebnis vergangener Kooperationserfahrungen und Konflikte. STORPER/SALAS (1997) haben diese Muster als regionale Ordnungen, als Konventionen, als wechselseitige, als selbstverständlich unterstellte Erwartungen, Routinen und Praktiken beschrieben.

Diese Regulationsstrukturen sind zentral für das Innovationspotenzial von Regionen und regionalen Unternehmen, weil sie die zwischenbetrieblichen Formen der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Wissenschaft, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, den Ausbildungs- und Technologietransfereinrichtungen und der regionalen Wirtschaftsförderung prägen. In einer Studie über die regionalen Ökonomien in vier großen europäischen Ländern wurden die Vorteile regionaler Regulationsstrukturen und räumlicher Nähe mit dem Konzept der lokalen kollektiven Wettbewerbsgüter erfasst:

Diese Güter „constitute the advantages that geographical proximity and the density of communication it brings can yield for participating firms [...] Provision of such goods must be ensured by social or political arrangements, that is by forms of local governance“ (LE GALÈS/VOELZKOW 2001, S.1).

Beispiele für solche regionalen Kollektivgüter sind die Bereitstellung qualifizierter Arbeitskräfte, der Zugang zu Forschungs-, Entwicklungs- und Technologietransfereinrichtungen, der Zugang zu hochkarätigen Zulieferern und Dienstleistern oder auch die Einrichtungen, die auf die Bereitstellung von Informationen über neue Märkte und Technologien spezialisiert sind (etwa durch regionale Wirtschaftskammern).

Neben den „berühmbaren“, klar messbaren Vorteilen, die durch die eben genannten regionalen Einrichtungen bereitgestellt werden, wird ein weiterer Typ regionaler Kollektivgüter immer wichtiger: Relativ stabile, vertrauensgestützte Beziehungen und Netzwerke, die den Austausch von implizitem, erfahrungsbasiertem, nicht kodifiziertem Wissen und die Neukombination bisheriger Kompetenzen erleichtern oder die Komplexität und Ungewissheit technologischer, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen durch relativ einfache Faustregeln und Erfahrungswerte vereinfachen. Solche impliziten, nicht „berühmbaren“ Dimensionen regionaler Netzwerke wurden von A. MARSHALL (1982, S.225) als „the mysteries of the trade“ bezeichnet. SAXENIAN (1994) beschrieb sie am Beispiel des Silicon Valley als Netzwerkeffekte:

„The region's dense social networks and open labour markets encourage experimentation and entrepreneurship. Companies compete intensely while at the same

time learning from one another about changing markets and technologies through informal communication and collaborative practices“ (SAXENIAN 1994, S.2-3).

ting' organisations. Basically, a regional innovation system consists of two main types of actors and the interaction between them [...]. The first actors are the firms in the main industrial cluster in a region including their support industries. Secondly an institutional infrastructure must be present, i.e. research and higher education institutes, technology transfer agencies, vocational training organisations, business associations, finance institutions etc., which hold important competence to support regional innovation“ (ASHRIM/ISAIXEN 2002, S. 83).

time learning from one another about changing markets and technologies through informal communication and collaborative practices“ (SAXENIAN 1994, S.2-3).

Auf ähnliche Weise haben BATHELT et al. (2004, S.38) die Vorteile regional konzentrierter zwischenbetrieblicher Netzwerke als „buzz“ analysiert. Durch diese Gerüchte werden spezielle Informationen übermittelt und kontinuierlich aktualisiert und damit beabsichtigte und nichtintendierte Lerneffekte auf organisierten und zufälligen Zusammenkünften in Gang gesetzt. Auch tragen die Einbettung in eine regionale Gemeinschaft und die damit einhergehenden „Gerüchte“ bzw. Hintergrundinformationen zur Entwicklung gemeinsamer Interpretationsschemata und eines besseren Verständnisses neuer Technologien und Marktentwicklungen bei. Solche Lernprozesse sind besonders wichtig in postsozialistischen Gesellschaften, die durch erhebliche Ungewissheiten gekennzeichnet sind. Hierauf verweist DORNISCH (2002, S.318) mit dem Konzept der „discontinuous, competitive generation of diverse, collective project experiments“.

Festgehalten werden kann, dass zumindest zwei verschiedene Dimensionen regionaler Wettbewerbsgüter unterschieden werden können: zum einen Kollektivgüter wie spezifische Qualifikationen und Forschungs- und Entwicklungsleistungen, die durch regionale Institutionen bereitgestellt werden (etwa durch regionale Ausbildungs-, Forschungs-, Technologietransfer- und Entwicklungseinrichtungen). Die Bereitstellung solcher Güter kann auch zentral organisiert werden, wenn die damit verbundene Unterstellung eines homogenen Bedarfs („one size fits all“) nicht durch regionale Forderungen nach einer Dezentralisierung der Wirtschafts- und Innovationspolitik hervorgerufen wird. Zum anderen aber hängt die Leistungsfähigkeit regionaler Innovationssysteme auch von informellen, oft vertrauensbasierten Austausch- und Kooperationsbeziehungen zwischen regionalen Unternehmen, Agenturen und politischen Akteuren ab, durch die wechselseitige Lernprozesse gefördert werden. Solche Lerneffekte können systematisch durch Clusterpolitiken unterstützt werden, d.h. durch Politiken, die auf die Förderung und die Unterstützung von Netzwerken abstellen (BOEKHOLT /THURIAUX 1999, S.381).

2. Die Neuschaffung der polnischen Regionen

Sowohl das sozialistische als auch das neoliberale Wirtschaftsmodell messen regionalen Wirtschaftsräumen keine zentrale Bedeutung für das Wachstum und die Innovationsfähigkeit von Unternehmen bei. Dem sowjetischen Prinzip der „einheitlichen Staatsgewalt“ folgend, beruhte die 1975 eingeführte Territorialverwaltung Polens auf 49 Woiwodschaften, die über keine eigene Rechtspersönlichkeit und kein eigenes Budget verfügten. Der Regionalpräsident, der Woiwode, wurde ähnlich wie der französische Präfekt durch den Premierminister ernannt.

Dies änderte sich mit der Wende. Schon 1989 wurden erste regionale Selbstverwaltungsrechte eingeführt, da die Schaffung einer selbstverwalteten Republik

eine der zentralen Forderungen der Solidarność-Bewegung seit den 1980er Jahren war:

„The democratization of local governments and free local elections were among the key issues in the 1988/89 'Round Table' negotiations between Solidarity and the communist authorities.“ (ILLNER 2002, S.9)

Während der sog. „Schocktherapie“ (1989-1991) stand die Reform der Territorialverwaltung dann nicht mehr im Zentrum des Interesses, da es zunächst einmal um die Schaffung der ordnungspolitischen Voraussetzungen für eine marktwirtschaftliche Ordnung ging. Die makroökonomischen Reformen im Rahmen des sog. Leszek-Balcerowicz-Plans (1989-1991), d.h. die Liberalisierung der Preise und des Außenhandels, die Privatisierung der Unternehmen und der Abbau der staatlichen Subventionen, waren auch ohne eine Neuordnung der Regionen möglich. HUGHES et al. (2001, S.19) beobachten sogar eine Zentralisierung der Regierung.

Erst 1999 wurde die Territorialverwaltung des Landes grundlegend neu geordnet. Durch diese Reform wurden 16 Woiwodschaften geschaffen. Diese Regionen werden von einer Doppelspitze geleitet, d.h. von einem vom Premierminister ernannten Woiwoden und von einem Marshall, der von den direkt gewählten Regionalparlamenten ernannt wird. Damit wurden – vielleicht mit Ausnahme von Świętokrzyskie, Lubuskie und Opolskie (GORZELAK 2002) – handlungs- und strategiefähige Wirtschaftsregionen mit 1-5 Mio. Einwohnern geschaffen. TATUR (2004, Bd. II, S.360) betont allerdings, dass sich regionale Institutionen schon lange vor der Umstrukturierung der polnischen Woiwodschaften entwickelt haben.

Die Tatsache, dass in einer einzigen Region, in der Hauptstadtregion Mazowieckie, 13,5 % der gesamten Bevölkerung leben, und dass sich dort ein Fünftel der polnischen Wirtschaftsleistung, ein Viertel aller Investitionen und ein Drittel aller Beschäftigten in der Forschung und Entwicklung konzentrieren, weist allerdings auf eine deutliche Asymmetrie zwischen den polnischen Regionen und ihren Wirtschafts- und Entwicklungspotenzialen hin. Die Hauptstadtregion ist die einzige polnische Region, in der die Wirtschaftsleistung pro Einwohner im Vergleich zum EU25-Durchschnitt seit 1995 deutlich angestiegen ist.

Diese 16 Regionen wurden in 308 (jetzt 315) Kreise (*powiat*) und 65 kreisfreie Städte untergliedert. Die Reform der polnischen Territorialverfassung wurde auch durch die Europäische Union forciert – etwa durch die Stellungnahme der Kommission zu den polnischen Beitrittsersuchen (1997) oder durch die anschließenden Fortschrittsberichte (BRUSIS 2002). Allerdings kann die Regionalisierung keinesfalls ausschließlich durch die Auflagen der EU erklärt werden. Im Unterschied zu der Schaffung von Verwaltungsregionen vorrangig zu statistischen Zwecken – die etwa in Ungarn verfolgt wurde – beschreiben HUGHES et al. (2004) die polnische Reform als „democratic regionalization, where regional institutions are elected and have devolved powers [...] Regionalization in Poland was driven by a domestic consensus to decentralize, and followed the Aus-

trian and German systems of territorial administration as the model for its 1999 reform, though without adopting full-blown federalism“ (HUGHES et al. 2004, S.543). Ein Indikator für diesen breiten gesellschaftlichen Konsens war, dass die ersten wirklich demokratischen Wahlen in Polen die Kommunalwahlen vom Mai 1990 waren. Durch diese Wahlen wurden lokale Regierungen als Inbegriff des angestrebten Prinzips der Selbstverwaltung legitimiert. Dennoch wäre die Reform von 1999 kaum so tiefgreifend ausgefallen, wenn die polnische Regierung nicht versucht hätte, der Kritik der EU-Kommission an der unzureichenden Regionalisierung Rechnung zu tragen (HUGHES et al. 2001, S.32).

Den Woiwodschaften wurde GORZELAK (2002, S.4) zufolge vor allem die Verantwortung für die Erarbeitung einer regionalen Entwicklungsstrategie übertragen. Allerdings ist das Verhältnis zwischen dem polnischen Zentralstaat und den neu geschaffenen regionalen Institutionen noch ungeklärt. Dies dokumentiert sich vor allem in Spannungen zwischen dem Marschall und dem Woiwoden:

„A clear division of responsibilities must be established at the central level, between central and regional levels and at the regional level between *Voivods* and *Marshals*.“ (EUROPEAN COMMISSION 2001: 79)

Auch die finanziellen Mittel, über die die neuen Gebietskörperschaften verfügen, sind allerdings noch minimal.

Allerdings war die Schaffung demokratisch legitimierter Gebietskörperschaften der Startschuss für die Entwicklung einer abgestimmten Regionalpolitik, die auf Verhandlungen zwischen dem Zentralstaat und den Woiwodschaften beruht. Grundlage hierfür waren zwei Gesetze, die in den Jahren 2000 und 2004 die gesetzlichen Voraussetzungen für eine „Nationale Strategie für die regionale Entwicklung“ legten. Diese Strategie wurde erstmals 2000 für den Zeitraum 2001-2006 vorgelegt. Im Rahmen dieses Plans fanden 2001-2003 erstmals Verhandlungen zwischen dem Wirtschafts- und Arbeitsministerium und den Woiwodschaften statt (GORZELAK 2002).

Insgesamt steht die Regionalisierung der Wirtschaftspolitik jedoch noch am Anfang, da sowohl der Staat als auch die regionalen Akteure ihre neuen Rollen erst lernen und ihre Kompetenzen gegeneinander abgrenzen müssen:

„There is limited guidance from national government and institutions [...] There is confusion about what national policies, instruments and funds are operating and there realization at the regional level [...] the Marshals offices are leading the development of regional innovation strategies, they are unclear on how national resources for innovation are allocated with their region.“ (POLLOCK 2003, S.20)

Die Europäische Kommission weist insbesondere auf drei Schwächen hin: 1. Jeder regionale Entwicklungsplan wurde weitgehend unabhängig und ohne Abstimmung mit der nationalen Ebene erarbeitet. 2. Nach Ansicht der regionalen Akteure zu geringe und zu stark zersplitterte Fördermöglichkeiten auf der regionalen Ebene. 3. Zu wenig Erfahrung bei der Entwicklung regionaler Projekte und begrenztes Interesse der Privatwirtschaft (COM/DG Enterprise, 2005, S.8).

2004 fiel allerdings die Entscheidung, dass die regionale Ebene weiter gestärkt und ihre Rolle bei der Entwicklung regionaler Innovationsvorhaben systematisiert werden sollte. Ein zentraler Stellenwert kommt damit dem regionalen Marshallbüro zu, das schon vorher eine zentrale Rolle bei der Konzipierung und Durchführung der regionalen Entwicklungspläne spielte (COM/DG Enterprise, 2005, S.7). Diese Regionalisierungsstrategie soll 2007-13 durch „regionale Operationsprogramme“ verstärkt werden (MINISTRY OF ECONOMY AND LABOUR 2005, S.69).

Einer unserer Interviewpartner erläuterte uns, dass diese regionalen Entwicklungspläne mit einem grundlegenden Wandel der Wirtschaftspolitik verbunden sind: Die Konzentration auf regionale Stärken wird wichtiger, während die sektorale Förderung in den Hintergrund tritt:

„Die im Jahr 2000 geschaffene Entwicklungsstrategie ist in der Zeit entstanden, in der die Kompetenzen zwischen den Kommunen, Regionen und Regierung aufgeteilt waren. Zurzeit ändert sich die Philosophie der Entwicklungssteuerung. Ab der nächsten Planungsperiode (ab 2007) sollen eigenständige regionale Operationsprogramme entwickelt werden. Heutzutage stehen noch die sektoralen und horizontalen Programme im Mittelpunkt. Dieses regionale Programm wird zu einem leitenden Programm. Es muss viele Sachen einschließen, die in der alten Strategie nicht vorhanden waren. Auch Selbstverteidigungsprogramme, Wohnen, Probleme, die sich nie im Kompetenzbereich der Kommunen befanden. Das regionale Entwicklungsprogramm entstand mit Unterstützung vieler gesellschaftlicher Einheiten. Es ist durch die Technische Uni und die Universität Breslau modifiziert worden – sie waren praktisch beauftragt, diese Strategie zu schaffen.“ (Interview im Marshallbüro Niederschlesien am 31.8.2004)

Insgesamt steht die Entwicklung eines kohärenten nationalen Rahmens für die regionale Wirtschaftsförderung noch am Anfang. Erst seit dem Jahr 2000 wird schrittweise auf eine Regionalisierung der Wirtschafts- und Innovationspolitiken gesetzt. Die gegenwärtige Lage kann daher noch als Übergangssituation begriffen werden. Sie ist durch ungeklärte Kompetenzabgrenzungen zwischen nationaler und regionaler Ebene und zwischen Marshall und Woiwode, durch eine Zentralisierung der Förderpolitiken, durch ein ungeklärtes Verhältnis von sektoralen und regionalen Politiken und durch eine erhebliche Fragmentierung der Unterstützungsstrukturen gekennzeichnet (vgl. auch COM/DG 2005).

3. Regionale Wirtschaftspolitiken in Niederschlesien (Dolnośląskie) und Klempolen (Makopolskie)

Die neu geschaffenen Regionen sind ein zentraler Bezugspunkt sowohl der europäischen als auch der nationalen und regionalen Wirtschafts- und Innovationspolitiken. Seit 2000 wurden zahlreiche Aktivitäten zur regionalen Unterstützung der Wirtschaft entwickelt. Zu nennen sind hier etwa die 14 Speziellen Wirtschaftszonen. Ein zentraler Vorteil dieser Sonderwirtschaftszonen sind staatliche Subventionen: Investoren kann bis 2017 die Hälfte ihrer Investitionssumme oder die Hälfte ihrer in zwei Jahren anfallenden Arbeitskosten erstattet

werden. Drei Viertel aller ausländischen Direktinvestitionen werden in solchen Wirtschaftssonderzonen getätigt (MINISTRY OF ECONOMY AND LABOUR 2005). Ein weiteres Instrument sind die ab 2002 zunächst von der „Industriellen Entwicklungsagentur“ (ARP) geschaffenen regionalen Industrie- und Technologieparks, die nunmehr meistens von regionalen Entwicklungsagenturen getragen werden (PAIZ 2005). Diese Institutionen gibt es auch in den beiden untersuchten Regionen (Übersicht 1).

Übersicht 1: Die wichtigsten Institutionen für die regionale Wirtschaftsförderung in den beiden untersuchten polnischen Regionen

	Klempolen	Niederschlesien	Polen
Regionale Entwicklungspläne	2000, 2005	2000, 2005	2000 und 2005
Spezielle Wirtschaftszonen	Kraków Technology Park (122 ha; u.a. Motorola, RR Donnelley, AMS, ComArch, AZ-Soft, Becker Powłoki, ABM SOLID)	1) Legnica (417 ha; u.a. Volkswagen und Automobilzulieferer); 2) Wałbrzych INVEST-PARK (492 ha; Toyota und Automobilzulieferer); 3) Kamienna Góra for Small Business (143 ha)	14
Technologie- und Industrieparks	1) s.o.; 2) "Crystal" Industrial Park (350 ha)	1) Nowa Ruda Industrial Park (76 ha); 2) Bukowice Industrial Park (286 ha); 3) Wrocław Technologiepark	Insgesamt 31 (1/2006); 15 initiiert durch die ARP
Regionale Wirtschaftsfördereinrichtungen	Klempolnische Agentur für Regionalentwicklung	Fünf unabhängige regionale Wirtschaftsfördereinrichtungen	Mindestens 34 regionale Einrichtungen

Diese Initiative markierte einen Wendepunkt der bisherigen Restrukturierungs- und Wirtschaftsförderinitiativen: Nachdem die ARP bislang vor allem branchenweite Restrukturierungsprojekte verfolgt und den Technologietransfer in klein- und mittelbetrieblich strukturierten Branchen gefördert und Finanz- und Beratungsdienstleistungen bereitgestellt hatte, setzte sie nun stärker auf eine regionalisierte Wirtschaftspolitik in Zusammenarbeit mit den regionalen Verwaltungen und den ab 1991 gegründeten regionalen Entwicklungsagenturen. Neben den Industrie- und Technologieparks wurden auch Beratungs- und Finanzdienstleistungen bereitgestellt.

Im Folgenden soll am Beispiel von zwei Regionen (Niederschlesien und Klempolen) rekonstruiert werden, wie die neu geschaffenen regionalen Möglichkeiten für eine dezentrale Wirtschafts- und Innovationspolitik genutzt werden. Vorher jedoch sollen die Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrukturen der beiden betrachteten Regionen kurz beschrieben werden.

3.1. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur von Niederschlesien (Dolnośląskie) und Kleinpolen (Małopolskie)

Niederschlesien und Kleinpolen sind in vielerlei Hinsicht vergleichbar: Zum einen sind sie mit etwa drei Millionen Einwohnern etwa gleich groß (vgl. Übersicht 2). Zum anderen werden sie von einem großen urbanen Dienstleistungszentrum dominiert, den traditionsreichen Universitätsstädten Wrocław (Breslau) und der alten polnischen Königsstadt Krakau. Beide Regionen konnten in den letzten Jahren viele ausländische Investoren anwerben.⁴ Beide Regionen werden weiterhin noch von in sozialistischer Zeit gegründeten Großbetrieben geprägt – im Falle Niederschlesiens von der Kupfermine KGHM „Polska Miedź“ SA in Lubin mit derzeit noch 21.000 Beschäftigten, im Falle Krakaus von dem Tadeusz Sendzimir Steelworks (HTS) mit derzeit noch 15.000 Beschäftigten. Während das Umfeld von Breslau altindustriell geprägt ist (etwa Bergbau und Porzellan), ist das Krakauer Umland agrarisch bestimmt. Ein Mitarbeiter einer regionalen Entwicklungsagentur in Niederschlesien bezweifelt allerdings, dass von der Existenz einer homogenen Region ausgegangen werden kann.⁵

„Meines Erachtens gibt es keine gemeinsame Entwicklungsvision für die Region. Es gibt nur eine nationale Vision. Der Regionalisierungsprozess, der vor allem durch das Marschallsamt gesteuert wird, steht noch am Anfang. Die wirtschaftliche Situation in der Woiwodschaft Niederschlesien ist außerordentlich heterogen. Die wirtschaftliche Situation in der bisherigen Woiwodschaft Legnica wird weitgehend von einem einzigen Unternehmen bestimmt, der Kupferhütte KGHM. In der ehemaligen Woiwodschaft Wrocław ist die Wirtschaftsstruktur sehr vielfältig. Ebenfalls gänzlich anders ist die Situation in der bisherigen Woiwodschaft Jelenia Góra, die an der Grenze liegt und die meisten Touristen in ganz Niederschlesien verzeichnet. Die ehemalige Woiwodschaft Wałbrzych leidet noch unter der bisherigen Spezialisierung auf Bergbau und Stahl und der damit verbundenen einseitigen Wirtschaftsstruktur. Die große Frage ist daher: Welche gemeinsame Richtung sollen all diese unterschiedlichen Teilregionen und Branchen in Zukunft wählen?“ (Interview in der Regionalen Entwicklungsagentur in Breslau, 2.9.2004)

⁴ WISNIEWSKI (2005) schätzt die Zahl der Beschäftigten in ausländischen Unternehmen in Niederschlesien auf 75.346 und in Kleinpolen auf 66.619 – von insgesamt einer Million in Polen. Ende 2004 waren 5.100 der 51.500 in Polen tätigen ausländischen Unternehmen in Niederschlesien und 2.500 in Małopolska ansässig.

⁵ Die Woiwodschaft Małopolskie besteht aus sieben ehemaligen Woiwodschaften. Diese administrative Untergliederung bestand von 1975 bis 1999 und prägt noch die subregionalen Identitäten (BUKOWSKI 2004, S. 120).

Übersicht 2: Bevölkerungs- und Arbeitsmarktstrukturen und Innovationsmuster in den beiden betrachteten polnischen Regionen

	Małopolska	Niederschlesien	Polen	EU 25
Bruttoinlandsprodukt (pro Kopf; KKS in % des EU-Durchschnitts; 2002)	39.5	47.4	45.6	100.0
Bevölkerung (2003; in Mill.)	3.2	2.9	38.2	456.9
Beschäftigungsquote (15-64-Jährige; 2004)	54.6	47.2	51.7	63.1
Arbeitslosenquote (in %; 2004)	7.4;	11.2;	9.9;	9.4;
	17.3	24.9	19.0	9.1
Beschäftigte in der Landwirtschaft (in % aller Beschäftigten; 2002)	23.5	10.2	18.4	5.4
Beschäftigte in der Industrie (in % aller Beschäftigten; 2002)	27.2	32.8	28.6	25.9
Beschäftigte in Dienstleistungen (in % aller Beschäftigten; 2002)	49.2	57.0	53.0	68.7
Forschungs- und Entwicklungsausgaben (in % BIP; 2002)	0.87	0.45	0.59	1.92
Forscher und Entwickler (in % aller Beschäftigten; 2003)	1.39	1.06	0.92	1.44
Forscher und Entwickler in der Privatwirtschaft (in % aller Beschäftigten; 2003)	0.15	0.11	0.11	0.66
Gehobenes Bildungsniveau (in % der 25-59-jährigen Bevölkerung; 2004)	20.8	23.3	21.3	29.4
Patentanmeldungen beim Europ. Patentamt (2003; pro Mio. Einwohner)	1.85	2.85	1.88	134.5
Hochwertige und Spitzentechnologien (in % aller Beschäftigten; 2004)	4	6.14	4.89	6.85
Spitzentechnologien (in % aller Beschäftigten; 2004)	0.27	0.41	0.5	1.2
Wissensbasierte Dienstleistungen (in % aller Beschäftigten; 2004)	22.95	26.72	24.3	33.1

Quelle: Eurostat, REGIO-Datenbank (Abruf am 25.1.2006).

Eine Besonderheit der *niederschlesischen Wirtschaft* ist ihr hoher Diversifizierungsgrad. Der Anteil der Industriebeschäftigten liegt deutlich über und der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft liegt deutlich unter dem polnischen Durchschnitt. Das größte Unternehmen in der Region ist die KGGM (21.000 Beschäftigte; Herstellung von Kupfer). Die wichtigsten Branchen in der Region sind der Fahrzeugbau und die Automobil- und Automobilzulieferindustrie (Volvo, Toyota, VW, Bosch), IT, Pharma- und Chemieunternehmen (3M, Hascoleg etc.) und Logistik. Die Region profitiert von ihrer Nähe zu Deutschland und Tschechien: Prag, Berlin und Warschau sind in 4-5 Stunden erreichbar. Niederschlesien ist einer der bedeutendsten Standorte für ausländische Investoren. Ein

Interviewpartner charakterisiert die niederschlesische Wirtschaftsstruktur wie folgt:

„Niederschlesien ist eine stark industrialisierte Region [...] Die wichtigsten Branchen der traditionellen Industrien sind der Bergbau und die Hüttenindustrie. Das Beschäftigungsvolumen in diesem Produktionsbereich ist immer noch enorm, aber es wird langsam durch neue Bereiche ersetzt, nämlich durch die Automobilindustrie. Volkswagen, der den zweiten Platz im regionalen Export einnimmt, hat hier seine Fabriken angesiedelt, aber auch Toyota [...] Ein dritter Bereich ist auch der IT Sektor. In Niederschlesien gibt es viele Unternehmen, die sich mit Software beschäftigen.“ (Marschallbüro Niederschlesien 31.8.2004)

Der Anteil der akademisch qualifizierten Arbeitskräfte und der Anteil der wissensintensiven Dienstleistungen liegen mit 23,3 % bzw. 26,7 % deutlich über dem nationalen Durchschnitt. Fast alle Interviewpartner haben betont, dass die Ausbildung in der Region außerordentlich gut ist und dass es keine Schwierigkeiten bei der Rekrutierung qualifizierten Personals gibt. Dies sei auch einer der Gründe für die Ansiedlung von Toyota in der Region.

Die Wirtschaft in Małopolskie wird von der dominanten Stellung der Dienstleistungsmetropole und Universitätsstadt Krakau bestimmt. Insbesondere Banken, Tourismus und unternehmensbezogene Dienstleistungen bestimmen die Stadt. Daneben gibt es einen erheblichen Anteil gering- und hochproduktiver Dienstleistungen (Tourismus, Hotels, Restaurants, Informationstechnologie, Beratung). Aber auch eines der beiden größten polnischen Stahlwerke – die zur Mittalgruppe gehörende Huta Sendzimir – ist in Krakau ansässig.

Die größten Krakauer Hochschulen sind die Jagiellonian University (33.000 Studenten), die Stanisław Staszic University of Science and Technology (28.500 Studenten) und die Tadeusz Kościuszko Technical University (16.000). Seit Mitte der 90er Jahre hat sich die Zahl der Studenten in Małopolskie auf mehr als 170.000 verdoppelt, darunter 100.000 Vollzeitstudenten. Dies erklärt, warum die Forschungsintensität mit 0,87 % deutlich über dem polnischen Durchschnitt von 0,59 % liegt.

Krakau versucht in den letzten Jahren, sich zum Hochtechnologiestandort zu profilieren. So sind in Krakau der größte polnische Computerhersteller, der viertgrößte europäische Hersteller für Glasfaserkabel, ein Forschungs- und Entwicklungszentrum von Motorola, das meistbesuchte polnische Internetportal und auch der bekannteste polnische Radiosender ansässig. Auch wenn insbesondere Informationstechnologien, die chemische und pharmazeutische Industrie und moderne Drucktechniken besonders gefördert werden, liegt der Anteil wissensintensiver Dienstleistungen und Industrien immer noch deutlich unter dem polnischen und niederschlesischen Durchschnitt, ebenso wie das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, da 24 % der Beschäftigten noch in der Landwirtschaft arbeiten.

3.2. Die zentral koordinierte Dezentralisierung der Wirtschaftspolitik: Das niederschlesische und kleinpolnische Beispiel

Die Dezentralisierung eines Staates und die Schaffung handlungsfähiger Regionen ist ein jahrzehntelanger Prozess, in dem sich neue regionale Akteure konstituieren und ihre neuen Möglichkeiten erst schrittweise entdecken und erlernen. Deshalb ist der Prozess der Dezentralisierung des polnischen Staates und die Schaffung handlungsfähiger Wirtschaftsregionen in Polen sicherlich noch nicht abgeschlossen (TATUR 2004, Bd. I, II). Dennoch kann 17 Jahre nach der politischen Umwälzung von 1989 und 7 Jahre nach der Schaffung größerer, handlungsfähiger Regionen und nach der zweiten Runde der Erarbeitung regionaler Entwicklungspläne eine erste Bewertung der bisherigen Dezentralisierungsschritte versucht werden. Hierbei gehen wir davon aus, dass die Schaffung der polnischen Regionen als zentral organisierte und koordinierte Dezentralisierung wirtschaftspolitischer Kompetenzen interpretiert werden kann. Nach der Schaffung neuer regionaler Akteure im Jahr 1999 (insbesondere die Regionalparlamente, der Exekutivausschuss der Woiwodschaft, das Marschallbüro und der Woiwode) haben sich diese Akteure an der Formulierung regionaler Entwicklungspläne in den Jahren 2000 und 2005 beteiligt, Technologie- und Industrieparks geschaffen und regionale Wirtschaftsfördereinrichtungen gegründet. Im Folgenden werden diese regionalen Strukturen und die entsprechenden Wirtschafts- und Innovationspolitiken beschrieben.

Die regionalen Regulationsstrukturen

Die zentralen politischen Akteure in der Region sind der demokratisch legitimierte Marshall und der vom Premierminister eingesetzte Woiwode. Das Marshallamt führt im Auftrag des demokratisch gewählten Regionalparlaments, des Exekutivausschusses der Woiwodschaft und des Marshalls die Verwaltungsgeschäfte. Die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Verwaltungsspitzen einer Woiwodschaft verläuft nicht immer friktionsfrei:

„Zurzeit gibt es in gewisser Weise eine doppelte Herrschaft [...] Die anfängliche Vorstellung nach 1999 war, dass der Woiwode nur kontrollieren sollte, ob der Marshall alle seine Aufgaben laut Gesetz erfüllt. Allerdings hat sich die Reform von 1999 nicht ganz in diese Richtung entwickelt. Die meisten Kompetenzen wurden dem Marshall gegeben, aber ein Teil ist bei dem Woiwode geblieben. Die Marschallämter streben immer aktiver danach, dass man die Reform vollendet und dass sie tatsächlich die Region verwalten und hierfür alleine zuständig sind [...] die Kompetenzabgrenzung ist nicht klar genug und es gibt bestimmte Kompetenzüberschneidungen. Daher behindert man sich gegenseitig. Das kommt aber nicht daher, dass sich zwei Menschen nicht mögen, sondern ist durch das Gesetz verursacht.“ (Interview in der Breslauer Agentur für Regionalentwicklung; 2.9.2004)

Auf der operativen Ebene wird die Regionalpolitik vor allem von den regionalen Entwicklungsagenturen umgesetzt. Dies sind Non-Profit-Organisationen, deren

Anteile in der Regel von den Marshallbüros und der Industrial Development Agency gehalten werden. Diese Agenturen sind in ein komplexes Geflecht von europäischen, nationalen und regionalen Entscheidungsträgern eingebunden:

„Die x-Agentur hat erstens eine Beratungsaufgabe für die öffentliche Verwaltung [...] Zweitens sind wir als Vertreter der Polnischen Agentur für Unternehmensentwicklung für die Förderung von KMU's zuständig. Wir verteilen in diesem Bereich die Finanzmittel der EU. Eine dritte Aufgabe ist die Betreuung von ausländischen Investoren. Wir agieren hier als Vertreter der Polnischen Agentur für Information und Ausländische Investitionen (PAIIZ). In diesem Zusammenhang helfen wir den Investoren bei ihren Investitionen in der Woiwodschaft Niederschlesien. Viertens sind wir im Auftrag von Investoren für die Durchführung von Bauvorhaben tätig. Das fängt bei der Suche nach finanziellen Mitteln an und geht bis zur ‚Übergabe der Schlüssel‘.“ (Interview in der Breslauer Agentur für Regionalentwicklung; 2.9.2004)

Allerdings ist in Niederschlesien die Zusammenführung der Regionalentwicklungsagenturen aus den ehemaligen vier Woiwodschaften noch nicht gelungen. In der Region gibt es fünf Agenturen für Regionalentwicklung, die trotz unterschiedlicher Spezialisierungsprofile in vielen Bereichen konkurrieren. Diese institutionelle Vielfalt reflektiert die wirtschaftliche und soziale Heterogenität der Region.

Da die regionale Wirtschaftsentwicklung weitgehend über die Strukturfonds (bzw. vor dem Beitritt über die Programme Phare, Ispa und Sapard) finanziert wird, hat die EU einen entscheidenden Einfluss auf die Dezentralisierung der Entscheidungskompetenzen an das Marshallamt:

„Auf der regionalen Ebene sind die EU-Fonds ein sehr wichtiges Mittel für die regionale Entwicklung. Auf dieser regionalen Ebene setzt das Integrierte Operationsprogramm für Regionalentwicklung an. Im Rahmen der Woiwodschaft wird dies von dem Marshallamt und dem Woiwodschaftsamt verwaltet. Im Rahmen des Integrierten Operationsprogramms für Regionalentwicklung ist die entscheidende Stelle das Marshallamt. Dort werden die Anträge gesammelt und erstmals beurteilt. Wir von unserer Seite sind für die Erstellung, Kontrolle und Abrechnung der endgültigen Verträge zuständig.“ (Interview im Woiwodschaftsamt Krakau, 3.9.2004)

Festgehalten werden kann, dass die Regionalisierung der polnischen Wirtschaftsförderung noch am Anfang steht: Die Entscheidungen über die Verwendung von Fördermitteln sind noch in erheblichem Maße auf nationalstaatlicher Ebene konzentriert; die Kompetenzen auf der regionalen Ebene sind noch zwischen Marshallbüro und Woiwode verteilt; zumindest in Niederschlesien hat sich keine einheitliche regionale Wirtschaftsfördereinrichtung herausgebildet. Etwas anderes kann wenige Jahre nach der Neugründung der Regionen auch kaum erwartet werden. Die geplante Regionalisierung der Wirtschaftsförderung und der zunehmende Einfluss des Marshallbüros sprechen allerdings dafür, dass sich dies in absehbarer Zeit ändert. Aus den gerade eben erst entstandenen Regi-

onen könnten allmählich regionale Innovationssysteme werden: Die institutionellen Voraussetzungen hierfür sind in den letzten Jahren geschaffen worden.

Die regionalen Politikfelder

Im Folgenden sollen die Wirtschafts- und Innovationspolitiken beschrieben werden, die in den beiden Regionen verfolgt werden. Hierbei unterscheiden wir drei verschiedene Politikbereiche: zum einen die Förderung der Ansiedlung ausländischer Unternehmen, zum anderen die Förderung von Neugründungen und Technologietransfer und drittens die Förderung regionaler Vernetzungsstrategien, d.h. von Clusterpolitiken.

1. Die Förderung der Ansiedlung ausländischer Unternehmen

Im Zentrum der regionalen Wirtschaftsförderung steht die Anwerbung ausländischer Direktinvestitionen. Insbesondere Niederschlesien ist hierbei sehr erfolgreich. Ein wichtiger Grund für die Ansiedlung von Unternehmen in Niederschlesien sind die guten Verkehrsverbindungen:

„Die Investoren [...] denken an den Zugang zu größeren Märkten [...] Wir beobachten, dass der Transportweg von Dresden über Breslau, Oppeln bis nach Katowitz die Hauptarterie ist, wo sich die Wirtschaft entwickelt. Ein zweiter Entwicklungskorridor ist der Weg nach Klodzko und Kudowa, also die Strecke, die nach Prag und Wien führt. Das sind die zwei Strecken, wo eine Städteentwicklung erfolgt. An den Rand gedrängt werden hingegen die Gegend von Wałbrzych (Waldenburg) und Jelenia Góra (Hirschberg).“ (Marshallbüro Niederschlesien 31.8.2004)

Eine weitere wichtige Ursache für die Ansiedlung ausländischer Produktionsbetriebe ist die reichliche Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte:

„Das Ausbildungsniveau ist in Niederschlesien relativ hoch. Es gibt Niederlassungen Breslauer Ausbildungsstätten in der ganzen Region, sodass der Zugang zu Qualifikationen überall gut ist. Man muss nicht nach Breslau kommen, um zu studieren. Und die Frage, ob diese Qualifikationen den modernen Maßstäben der Investoren entsprechen? Ich denke, man kann diese Frage mit ‚ja‘ beantworten. Dort wo wissensintensive Investitionen getätigt werden, dort werden Menschen gebraucht, die über ein breites Wissen verfügen und Fremdsprachen beherrschen. Solche Menschen sind in der Region zu finden. Wenn es um qualifizierte Produktionsarbeiter geht, so werden diese von unseren Berufsschulen bereitgestellt.“ (Marshallbüro Niederschlesien 31.8.2004)

Eine Interviewpartnerin fasst alle Gründe, die für eine Investition in Niederschlesien sprechen, wie folgt zusammen:

„Die Lage von Breslau auf dem Weg von Osten nach Westen ist sehr gut. Auch ist der polnische Markt sehr groß. Ein weiterer Vorteil ist die Qualität der Arbeitskräfte. Sie werden hier sehr gut vorbereitet, da Breslau die drittgrößte Ausbildungsstadt im Lande ist [...] Auch die Regionalregierung hat einen Beitrag zur Ansiedlung ausländischer Unternehmen in Breslau geleistet. Wir haben praktisch bei Nichts angefangen. In Breslau gab es damals praktisch keine ausländischen

Unternehmen. Heutzutage sind es über zwei Tausend. Wichtig für die Ansiedlung ausländischer Unternehmen waren vor allem Projektmanager, die die großen Investoren betreut haben. Die Gesetzgebung in Polen ist ziemlich kompliziert. Deshalb ist es wichtig, dass ein Projektmanager den Investor von Anfang bis zum Abschluss einer Investition in Breslau begleitet. Eine konkrete Person wird dem Investor zugeordnet und sie hilft ihm bei allen Formalitäten in den verschiedensten Institutionen.“ (Interview in der Stadtverwaltung Wrocław; 30.8.2004)

Festgehalten werden kann, dass eine gute Verkehrsinfrastruktur, qualifizierte Arbeitskräfte, niedrige Arbeitskosten und Subventionen wichtige Gründe für die erfolgreiche Anwerbung ausländischer Direktinvestitionen sind.

2. Technologietransfer und Neugründungen

Der Aufbau einer wissens- und innovationszentrierten Wirtschaftsregion kann durch die Förderung von Unternehmensgründungen und Technologietransfereinrichtungen unterstützt werden. In Niederschlesien wird dieses Ziel durch den Krakauer Technologiepark und insbesondere durch den „Lower Silesian scientific Technology Incubator“ im Rahmen dieses Technologieparks angestrebt – im Wesentlichen ein Gebäude für Hochtechnologieunternehmen. Insgesamt ist die Zusammenarbeit zwischen Universität und Unternehmen jedoch noch gering entwickelt:

Frage: „Arbeiten die regionalen Unternehmen mit den Universitäten oder anderen wissenschaftlichen Einrichtungen zusammen?“

Antwort: „Das kommt vor, aber es ist sehr selten, dass das wirklich funktioniert. In der Regel haben die Unternehmen nicht einen Bedarf nach weiterer Forschung, sondern nach technologischer Unterstützung. Sie gehen zu der Universität und fragen nach einer entsprechenden Dienstleistung. Es kommt jedoch vor, dass das nicht richtig funktioniert, der Austausch ist nicht sehr gut organisiert. Es gibt kein zentrales System [...] Unternehmen gehen oft direkt zu den entsprechenden Instituten und suchen dort eine Unterstützung. Eines der Probleme ist, dass die Preise für diese Dienstleistungen oft sehr hoch sind und dass die Bereitstellung der Dienstleistungen zu lange dauert.“ (Interview in dem Breslauer Zentrum für Technologietransfer, 30.8.2004)

Eine wichtige Transfereinrichtung ist das 1995 gegründete Breslauer Zentrum für Technologietransfer (WCTT). Dieses Zentrum ist an der Technischen Hochschule Wrocław angesiedelt und finanziert sich über Unternehmensaufträge und durch staatliche und EU-Mittel. Seine Aufgaben erstrecken sich auf die Ausbildung in Produktionsmethoden und Organisation, die Bereitstellung von Beratungsdienstleistungen, die Unterstützung bei der Einführung von Qualitätssicherungssystemen und dem internationalen Technologietransfer:

„Ihre Aufgabe ist es, Partner zusammen zu bringen, d.h. verschiedene Forschungsprojekte der Universitäten mit den Unternehmen zu verknüpfen. Sie werben für verschiedene wissenschaftliche Veranstaltungen und führen Schulungen durch. Sie organisieren Treffen für Unternehmen und stellen konkrete Errungenschaften, konkrete Forschungsprojekte vor und deren Umsetzung in der Industrie

[...] Die Technische Universität in Breslau zeichnet sich besonders aus, weil sie eine der besten Unis in Polen ist.“ (Interview in der Stadtverwaltung Wrocław, 30.8.2004)

3. Clusterpolitiken

Auch durch die stärkere Vernetzung regionaler Unternehmen und Forschungseinrichtungen kann der Aufbau einer wissens- und innovationszentrierten Wirtschaftsregion unterstützt werden. Eine entsprechende Clusterpolitik wird in den beiden untersuchten Regionen jedoch nicht verfolgt. So antwortete etwa ein Interviewpartner auf die Frage, ob die regionalen Leitbranchen besonders gefördert werden, dass eine Festlegung auf bestimmte Sektoren noch nicht erfolgt ist, sondern sich eher naturwüchsig durchsetzt. Andere Interviewpartner weisen explizit eine Clusterpolitik zurück, da die Stärken etwa der niederschlesischen Wirtschaft gerade in ihrer Vielfalt liegen:

„Frage: Gibt es Versuche zur Entwicklung einer regionalen Clusterstrategie?

Antwort: Eine Entwicklung im Sinne der Konzentration auf ein Technologiefeld nein, weil die Breslauer Wirtschaft traditionell sehr vielfältig ist. Im Moment allerdings setzt man sehr stark auf die Automobilindustrie und auf Hochtechnologie. Hochtechnologie meint nicht nur die Computerindustrie, sondern auch die Biotechnologieindustrie, die Chemie und die Pharmazeutische Industrie. Eine wichtige Branche ist auch die Logistik, weil unser Standort sehr attraktiv für Investoren ist. So bereiten wir gerade den Aufbau einiger Logistikzentren in Breslau vor.“ (Interview in der Stadtverwaltung Wrocław, 30.8.2004)

Andere Akteure streben jedoch eine stärkere Vernetzung regionaler Akteure und Potenziale an:

„M.E. muss die zukünftige Entwicklung auf spezialisierten Netzwerken, die über die bestehenden Institutionen weit hinausgreifen, beruhen [...] Wir versuchen, möglichst viele Partner auf den lokalen Ebenen für die Umsetzung dieser neuen Strategie zu finden [...]. Sie werden uns helfen, die regionale Entwicklungsstrategie zu modifizieren. Zweitens, sie werden eigene Substrategien kreieren, die mit der Hauptstrategie im Einklang stehen. Wir haben es heutzutage noch mit einem sog. Babelturm-Syndrom zu tun: Jeder versucht etwas zu tun und die Bausteine passen nicht zueinander. Wir müssen dies ändern.“ (Marschallbüro Niederschlesien 31.8.2004)

Die Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure in die regionalen Wirtschafts- und Innovationspolitiken

Während des Erhebungszeitraums im Herbst 2004 wurden in den beiden polnischen Untersuchungsregionen die neuen regionalen Entwicklungspläne für das Jahr 2005 erstellt. Diese Aufgabe wurde als vorrangig technisches Projekt angegangen, das von den hierfür kompetenten Wissenschaftlern von der regionalen Universität erledigt werden könne. Zwar wurden Arbeitsgruppen mit regionalen Akteuren eingerichtet, aber von ernsthaften Auseinandersetzungen und einer

aktiven Beteiligung von Unternehmen und Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden wurde uns nichts berichtet:

„Die regionale Entwicklungsstrategie entstand mit Unterstützung vieler gesellschaftlicher Akteure. Es ist durch die Technische Uni und die Universität Breslau modifiziert worden – sie waren praktisch beauftragt, diese Strategie zu schaffen [...] Vier Jahre sind praktisch vergangen und viele unserer Partner benutzen die bisherige Strategie nicht mal [...] Die Zusammenarbeit mit anderen regionalen Akteuren (Handelskammern, Unternehmen, Gewerkschaften...) findet auf den Führungsebenen statt, weil dort die Kontakte ziemlich eng sind. Zwischen den Beamten sind sie sehr spärlich. Es gibt keine Prozeduren und Mechanismen der Zusammenarbeit. Wir streben danach, aber es ist nicht ganz leicht, weil z.B. hier im Amt nur ich alleine mit der Strategie beschäftigt bin.“ (Marschallbüro Niederschlesien 31.8.2004)

Die Universität, die das Projekt federführend betreut, hat es teilweise an externe Experten delegiert:

„Frage: Formulieren Sie die regionale Entwicklungsstrategie?

Antwort: Ja. Der Partner für die Entwicklung der regionalen Innovationsstrategie ist das Marshallamt. Wir als Breslauer Technologietransferzentrum managen das Projekt. Es sind jedoch Externe, die die Strategie wirklich ausformulieren und die Untersuchungen durchführen. Wir stellen das Büro für diese Experten bereit und wickeln die Verträge ab und knüpfen die Kontakte zu Experten. Diese Experten sind Leute von der Universität oder auch aus anderen Städten. Sie kommen von überall her [...] Am Ende möchten wir, dass die regionale Innovationsstrategie einige wirklich starke Branchen in den Mittelpunkt rückt, in denen wir die stärkste Region in Polen sind.

Frage: So arbeiten Sie, die Universitäten und das Marshallamt, bei der Entwicklung der regionalen Strategie zusammen?

Antwort: Ja. Viele Unternehmen werden auch einbezogen. Wir gründen Arbeitsgruppen und an den Arbeitsgruppen wirken auch Unternehmensvertreter mit. Und auch bei den Untersuchungen und Analysen werden viele Unternehmen einbezogen.“ (Interview im Breslauer Zentrum für Technologietransfer, 30.8.2004)

Ein Arbeitgeberverband beschreibt seine Beteiligung an der Strategieentwicklung wie folgt:

„Wir werden über alles informiert. Während der Gremiensitzungen werden wir auf dem Laufenden über alles informiert und es werden auch Fragen an uns gestellt, was die Wirtschaftsentwicklung Niederschlesiens anbetrifft. Wir müssen kein Architekt der Strategie sein, um Einfluss auf sie ausüben zu können, im Sinne von Anregungen und Vorschlägen.“ (Interview mit der Arbeitgeberföderation Westpolen, 2.9.2004)

Ähnlich unproblematisch sehen die regionalen Gewerkschaften ihre Einflussmöglichkeiten:

„Wir unterstützen Initiativen, die neue Arbeitsplätze schaffen könnten [...] Ähnlich wie nach dem Beitritt zur EU sind die Marschallämter an der Verteilung von Regionalfonds beteiligt. Wir werden dabei auch repräsentiert. Oft sind das Entwicklungsprojekte, mit denen neue Arbeitsplätze einhergehen [...] Wir unterstüt-

zen solche Investitionen [...] Wenn man auf die Entwicklung der Strategie für die Stadt Breslau zurückschaut, dann war dort unser Einfluss nicht rein formell, weil dort unsere Leute arbeiten, das gab uns die Möglichkeit Einfluss auf die Strategie auszuüben. Wir haben eigene Abgeordnete in allen Gremien: Stadt, Woiwodschaft. Über unsere Vertreter haben wir einen Einfluss auf die Entscheidungen.“ (Gespräch mit der Solidarność-Gewerkschaft, 2.9.2004)

Die Ausarbeitung der wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie wird somit noch in erster Linie als eine Aufgabe angesehen, die von den zuständigen Behörden unter Einbeziehung externer, vor allem universitärer Experten zu erledigen ist. Von ernsthaften Konflikten um regionale Schwerpunktsetzungen ist uns nichts bekannt geworden. Allerdings wurden schon durchaus Projektgruppen mit regionalen Unternehmen, Wirtschaftskammer und Gewerkschaften eingerichtet. In dem Maße, wie die Region zu einem zentralen Bezugspunkt der nationalen Wirtschafts- und Innovationspolitik wird, ist daher zu erwarten, dass auch die regionalen Aushandlungs- und Austauschbeziehungen an Bedeutung gewinnen.

Festgehalten werden kann, dass die Regionalisierung der Wirtschaftspolitik in Polen noch am Anfang steht. Zwar wurden nach 1999 handlungsfähige größere Regionen und demokratisch legitimierte Regionalparlamente geschaffen. Die Entscheidungen über die Verwendung der Strukturfondsmittel werden jedoch bislang noch weitgehend auf zentralstaatlicher Ebene gefällt. Auch die Kompetenzüberschneidungen zwischen dem demokratisch legitimierten Marshall und dem vom Zentralstaat eingesetzten Woiwoden wurden noch nicht aufgelöst. Es kann allerdings erwartet werden, dass die regionalen Entscheidungskompetenzen im Zuge der Implementierung der „Nationalen Strategie für die regionale Entwicklung 2007–2013“ weiter gestärkt werden. Denn die institutionellen Voraussetzungen für eine Regionalisierung der Wirtschaftsförderung sind in den letzten Jahren geschaffen worden – etwa mit der Gründung der kleinpolnischen und Breslauer Agenturen für Regionalentwicklung (wobei die letztgenannte Agentur allerdings mit vier anderen Agenturen konkurriert), mit der Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen, mit dem Aufbau von Technologie- und Industrieparks und durch den Aufbau von Inkubatoren und universitären Technologietransfereinrichtungen.

Im Zentrum der regionalen Wirtschaftspolitik stand in den letzten Jahren die Anwerbung ausländischer Investoren. Angesichts des technologischen Rückstands polnischer Unternehmen konnte nur durch ausländische Direktinvestitionen rasch das erforderliche Kapital für den Aufbau neuer Produktionsstätten mit avancierter Technik beschafft und ein Beitrag zur Reduzierung der exorbitant hohen Arbeitslosigkeit geleistet werden. Bei der Anwerbung ausländischer Mittel verfügen insbesondere die westpolnischen Regionen über wichtige Trümpfe: Eine ausgebaute Verkehrsinfrastruktur und Nähe zu anderen wichtigen Absatzmärkten, qualifizierte Arbeitskräfte, niedrige Arbeitskosten und Subventionen.

Bislang werden keine Strategien zur regionalen Vernetzung der bestehenden oder der neu geschaffenen industriellen Kapazitäten verfolgt. Eine entscheidende Barriere auf dem Weg zu einer solchen *Clusterpolitik* ist die außerordentliche territoriale und sektorale Heterogenität der beiden betrachteten Woiwodschaften. Auch hat sich bislang noch kein klares Entwicklungsleitbild für die beiden Regionen herauskristallisiert.

Prinzipiell allerdings sind die Voraussetzungen für den Aufbau *wissensbasierter Produktionsprozesse*: Beide Regionen verfügen über weltweit anerkannte Hochschulen und bilden Zehntausende von Studierenden aus. Jedoch stehen eine engere Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis und der Aufbau industrieller Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in beiden Regionen noch am Anfang: Niederschlesien wird von ausländischen Investoren vor allem als Standort für industrielle Produktionsbetriebe genutzt. Auch ist der Anteil polnischer Unternehmen, die groß genug sind, um eigene forschungs- und Entwicklungsbereiche aufzubauen, gering. Der Anteil der Industrieforscher und -entwickler liegt in beiden Regionen bei 0,11 % bzw. 0,15 % (Übersicht 2).

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Seit der Wende 1989 und insbesondere seit 1999 wird in Polen auf eine Regionalisierung der Wirtschafts- und Innovationsförderung gesetzt. Ein Grund hierfür waren auch die Beitrittskriterien der Europäischen Union, da diese im Rahmen der Beitrittsverhandlungen die Schaffung handlungsfähiger subnationaler Regionen verlangte. Die so geschaffenen Regionen stehen nunmehr im Zentrum der europäischen Strukturpolitik und werden in erheblichem Umfang finanziell unterstützt. Keinesfalls führten diese Auflagen jedoch automatisch zu einer stärker regionalisierten Staatsverfassung; der EU kommt höchstens eine begünstigende Rolle zu, da die regionale Ebene in der polnischen Wirtschafts- und Innovationspolitik schon seit 1989 schrittweise gestärkt wurde. So wurde in den 90er Jahren im ganzen Land eine Infrastruktur für die regionale Wirtschaftsförderung aufgebaut. Zu nennen ist hier insbesondere das Wirtschafts- und Arbeitsministerium, das sich durch die „Polnische Agentur für Information und Auslandsinvestitionen“ (PAIZ), die „Polnische Agentur für Unternehmensentwicklung“ (PAED) und die „Industrielle Entwicklungsagentur“ (ARP) wichtige Instrumente für eine regionalisierte Wirtschaftsförderung geschaffen hat. Dieses Instrumentarium wird für den Aufbau von Speziellen Wirtschaftszonen und Industrie- und Technologieparks genutzt. Auch die 1999 neu geschaffenen Woiwodschaften haben nunmehr eine erhebliche Eigendynamik entfaltet. Dies dokumentiert sich am deutlichsten in der sukzessiven, keinesfalls konfliktfreien Aufwertung des Marschallamtes im Spannungsfeld von Woiwode und Marschall. Die erste der oben unterschiedenen Formen „regionaler Wettbewerbsgüter“ – nämlich Steuerersparnisse, Land für Investoren, Gebäude für Unternehmensgründer und Technologietransfereinrichtungen, Exportförderung – wird somit in erheblichem Maße in nationalstaatlich koordinierten regionalen Institutionen bereitgestellt.

Damit stellt sich die Frage nach dem zweiten Typ der einleitend unterschiedenen kollektiven Wettbewerbsgüter. Ist in Zukunft stärker mit einer Regionalisierung auch der Innovationspolitik und auch der Entwicklung entsprechender Netzwerke und Innovationssysteme zu rechnen? Empirisch konnten wir hierfür noch keine Hinweise finden; die Entwicklung der regionalen Entwicklungsstrategien wird noch weitgehend als Aufgabe von Beamten und Experten behandelt. Allerdings könnte sich dies in absehbarer Zeit ändern: Zum einen werden die regionalen Akteure zunehmend mit der Aufgabe konfrontiert, die neu aufgebauten industriellen Kapazitäten ebenso wie die verbliebenen Großbetriebe stärker institutionell einzubetten. Durch eine Einbindung in regionale Unternehmensnetzwerke und institutionelle Ordnungen kann die Innovationsfähigkeit der neu geschaffenen Produktionsbetriebe gestärkt und damit ihre Bindung an den neuen Standort gestärkt werden. Zum anderen geht es um eine bessere Vernetzung zwischen Wirtschaft und Forschung. Eine solche Vernetzung kann nur begrenzt durch Technologietransferstellen gewährleistet werden, da es weniger um den Transfer wissenschaftlicher Kompetenzen, als um die Neuschaffung dieses Wissens im jeweiligen Anwendungskontext geht. Damit rückt die oben beschriebene zweite Dimension der regionalen Wettbewerbsgüter in das Zentrum der Aufmerksamkeit – die Fähigkeit zur Schaffung von Netzwerken, die Möglichkeit zur Erarbeitung eines gemeinsamen regionalen Entwicklungsleitbildes für die gesamte Region, die Möglichkeit zur Definition von Entwicklungsschwerpunkten und den damit erforderlichen Ressourcen, Forschungskapazitäten, Ausbildungsgängen und Infrastrukturen. Bisher spielen solche Überlegungen keine Rolle, da die regionalen Unternehmen kaum untereinander vernetzt sind. Allerdings könnte sich dies durch eine stärkere Ausrichtung der Unternehmen an wissensbasierten Produktionsprozessen rasch ändern, da die regionalen Institutionen und Infrastrukturen für eine stärkere Vernetzung existieren. Erst dann könnten die neu geschaffenen Wirtschaftsregionen ihr Potenzial voll entfalten.

Um das eingangs erwähnte Bild des Match Points noch einmal aufzugreifen: Zwar ist noch nicht entschieden, auf welche Seite des Netzes der Ball fällt, aber immer mehr spricht gegen eine zentralisierte, branchenorientierte Wirtschaftspolitik und immer mehr für eine regionalisierte Wirtschafts- und Innovationspolitik. Auch wenn das Spiel noch nicht entschieden ist, mögen der regionale Fokus der EU-Kohäsions- und Strukturpolitik, die demokratische Legitimierung der Regionalparlamente und die Regionalisierung der Wirtschaftspolitik eine entscheidende Rolle bei der Wahl zwischen der High-Road-Strategie einer innovationszentrierten Wirtschaftsentwicklung und einer Low-Road-Strategie einer ausschließlich arbeitskostenbestimmten Entwicklung spielen.

Literatur

- ASHEIM, Bjørn T., und Arne ISAKSEN (2002): Regional Innovation Systems: The Integration of Local 'Sticky' and Global 'Ubiquitous' Knowledge. In: *Journal of Technology Transfer*, 27, S.77-86.
- BATHELT, Harald et al. (Anders Malmberg and Peter Maskell) (2004): Clusters and knowledge: local buzz, global pipelines and the process of knowledge creation. In: *Progress in Human Geography* 28,1, S.31-56.
- BOEKHOLT, Patric / Ben THURIAUX (1999): Public policies to facilitate clusters: Background, rationale and policy practices in international perspective. In: OECD (Hg.): *Boosting Innovation: The Cluster Approach*. Paris: OECD. S.381-412.
- BRUSIS, Martin (2002): Between EU Requirements, Competitive Politics, and National Traditions: Re-creating Regions in the Accession Countries of Central and Eastern Europe. In: *Governance*, Jg. 15, Nr. 4, S.531-559.
- BUKOWSKI, A. (2004) Małopolska: Making Tradition Work. In: Tatur, M. (Hg.): *The Making of Regions in Post-Socialist Europe*. Band 1, VS-Verlag, Wiesbaden, S.79-181.
- COM/DG Enterprise, 2005: European Trend Chart on Innovation. Annual Innovation Policy Trends and Appraisal Report. Poland 2004-2005. http://trendchart.cordis.lu/reports/documents/Country_Report_Poland_2005.pdf (1/25/2006).
- COOKE, Philip et al. (Heidenreich, Martin; Braczyk, Hans-Joachim) (Hgg.) (2004): *Regional Innovation Systems: The role of governance in a globalized world*. Zweite Auflage. London; New York: Routledge.
- CROUCH, C. et al. (Le Galès, P., Trigilia, C. und Voelzkow, H.) (Hgg.) (2001): *Local Production Systems in Europe. Rise or Demise?* Oxford: Oxford University Press.
- CROUCH, C. et al. (Le Galès, P., Trigilia, C. und Voelzkow, H.) (Hgg.) (2004): *Changing Governance of Local Economies. Responses of European Local Production Systems*. Oxford University Press, Oxford.
- DORNISCH, D. (2002): The Evolution of Post-socialist Projects: Trajectory Shift and Transitional Capacity in a Polish Region. In: *Regional Studies* 36, S.307-321.
- EUROPEAN COMMISSION 2001: Regular Report on Poland's Progress Towards Accession. Brussels, 13.11.2001: SEC(2001) 1752.
- FLIGSTEIN, Neil / Alec STONE SWEET (2002): Constructing Politics and Markets: An Institutional Account of European Integration. In: *American Journal of Sociology* 107/5, S.1206-43.
- GORZELAK, Grzegorz (2002): New Model of Polish Regional Policy in a Decentralised State. http://largia.ldp.lviv.ua/english/doc/docs/gorzalak_eng.zip.
- GRABBE, Heather (2001): How does Europeanization affect CEE governance? Conditionality, diffusion and diversity. In: *Journal of European Public Policy* 8, S.1013-1031.
- HEIDENREICH, Martin (2005): The Renewal of Regional Capabilities. Experimental Regionalism in Germany. In: *Research Policy* 34 (5), S.739-757.
- HUGHES, J. et al. (Sasse, G. und Gordon, C.) (2001): The Regional Deficit in Eastward Enlargement of the European Union: Top Down Policies and Bottom Up Reactions ESRC Working Paper 29/01, University of Sussex (<http://www.one-europe.ac.uk/pdf/w29gordon.pdf>).

- HUGHES, James et al. (Gwendolyn Sasse und Claire Gordon) (2004): Conditionality and Compliance in the EU's Eastward Enlargement: Regional Policy and the Reform of Sub-national Government. In: *Journal of Common Market Studies* 42(3), S.523-51.
- ILLNER, Michael (2002): Multilevel Government in Three East Central European Candidate Countries and its Reforms after 1989. San Domenico di Fiesole, Italy: European University Institute, Robert Schuman Centre (http://www.iue.it/RSCAS/WP-Texts/02_07.pdf).
- LE GALÈS, Patrick / Helmut VOELZKOW (2001): Introduction: the Governance of Local Economies. In: Colin Crouch, Patrick Le Galès, Carlo Trigilia, und Helmut Voelzkow, 2001: *Local Production Systems in Europe. Rise or Demise?* Oxford: Oxford University Press. S.1-24.
- MARSHALL, A. (1982): *Principles of Economics*. Neunte Auflage. Macmillan, London.
- MINISTRY OF ECONOMY AND LABOUR (2005): Draft National Strategy for Regional Development for 2007-2013. Warsaw, June 2005 (<http://www.nsr.gov.pl/>).
- PAIZ (Polish Information and Foreign Investment Agency) (2005): *Industrial and Technology Parks in Poland*. Warszawa: www.paiz.gov.pl.
- POLLOCK, Robert (2003): The regional dimension. CIMPAN. Rotterdam. http://ecorys.pl/doc/material1/9.The_Regional_Dimension.pdf.
- SAXENIAN, A. (1994): *Regional Advantage. Culture and Competition in Silicon Valley and Route 128*. Harvard University Press, Cambridge/Mass./London.
- STORPER, M. / SALAIS, R. (1997): *Worlds of Production: The Action Frameworks of the Economy*. Harvard University Press, Cambridge/Mass.
- TATUR, Melanie [ed.] (2004, Bd. 1 / II). *The Making of regions in Post-Socialist Europe – the impact of Culture, Economic Structure and Institutions. Case Studies from Poland, Hungary, Romania and Ukraine*. Band 1 und 2. Wiesbaden: VS Verlag.
- WISNIEWSKI, A. (2005): The Impact of Foreign Direct Investment on Regional Development in Poland. Working Paper No. 162, Institute for World Economics of the Hungarian Academy of Sciences, Budapest (<http://www.vki.hu/workingpapers/wp->).

**Trierer Abhandlungen
zur Slavistik**

Herausgegeben von Gerhard Ressel

Band 8



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Gerhard Ressel/Henriette Stahl (Hrsg.)

**Die Slaven
und Europa**



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://www.d-nb.de>> abrufbar.

Gedruckt auf alterungsbeständigem,
säurefreiem Papier.

ISSN 1617-755X
ISBN 978-3-631-58175-9

© Peter Lang GmbH
Internationaler Verlag der Wissenschaften
Frankfurt am Main 2008
Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages
unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für
Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die
Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany 1 2 3 4 5 7

www.peterlang.de

Inhalt

<i>Vorwort</i>	1
<i>Henriette Stahl</i> Zum Geleit: <i>Die Slaven und Europa – Kampf oder Dialog der Kulturen?</i>	3
<i>Gerhard Michael Ambrosi</i> <i>Die Slawen und der europäische Föderalismus – zentraleuropäische Bezüge</i>	19
<i>Alfred Gall</i> Konfrontation mit dem Imperium: Die literarische Auseinandersetzung zwischen Adam Mickiewicz („ <i>Dziady</i> “) und Aleksandr S. Puškin („ <i>Mednyj vsadnik</i> “)	79
<i>Horst-Jürgen Gerigk</i> <i>Dostoevskij und Deutschland</i>	105
<i>Alexander Haardt</i> Metaphysik der All-Einheit und autonome Ethik. Die Grundrechte der Person in <i>Vladimir Solov'evs Rechtfertigung des Guten (1897)</i>	117
<i>Martin Heidenreich</i> Zwischen zentraler Steuerung und dezentralen Ansätzen. Die Regionalisierung der Wirtschafts- und Innovationspolitik in Polen	137
<i>Bettina Kaibach</i> Zweierlei Schweigen: Zur Holocaustliteratur im Westen und der Sowjetunion (Plath, Grossman, Evtušenko, Kuznecov, Rybakov)	161